

Giebler, Heiko; Estermann, Karoline

Article

It's Not Immigration, Stupid! Zuwanderung treibt Menschen weniger um, als öffentliche Debatten vermuten lassen

WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Giebler, Heiko; Estermann, Karoline (2025) : It's Not Immigration, Stupid! Zuwanderung treibt Menschen weniger um, als öffentliche Debatten vermuten lassen, WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung, ISSN 2943-6613, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin, Iss. 188 (2/25), pp. 52-55, <https://bibliothek.wzb.eu/artikel/2025/f-27005.pdf>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/337104>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

It's Not Immigration, Stupid!

Zuwanderung treibt Menschen weniger um, als öffentliche Debatten vermuten lassen

Folgt man medialen Diskursen und politischen Debatten, ist die größte gesellschaftliche Herausforderung die Aufnahme von Zugewanderten. Diese Wahrnehmung entspricht aber nicht dem Empfinden der meisten Menschen. Umfragen zeigen, dass ganz andere Sorgen darauf warten, von der Politik bearbeitet zu werden.

Heiko Giebler und Karoline Estermann

Finanzkrisen, Klimakatastrophen, Flucht- und Migrationsbewegungen, Corona-Pandemie, ein globaler Trend zur Autokratisierung, Wissenschaftsfeindlichkeit, massive militärische Konflikte – die Liste der gegenwärtigen Probleme ist lang. Und mehr als früher überlappen und beeinflussen sich diese Herausforderungen gegenseitig. Vor allem in liberalen Demokratien erweist sich das Thema „Zuwanderung“ als Dauerbrenner. Natürlich geht es dabei um eine große und schwierige gesellschaftliche Aufgabe. Gerade in repräsentativen Demokratien stellt sich aber die Frage, für wie wichtig Bürger*innen dieses Thema tatsächlich halten. Ein zentraler Mechanismus der Demokratie ist Responsivität: Gewählte Vertreter*innen sollten auf Ängste, Sorgen und Wünsche der Bevölkerung reagieren. Die Politik sollte sich dabei, im Rahmen des (rechtlich) Möglichen, an den Prioritäten der Bürger*innen orientieren. Wenn anhaltend über Migration diskutiert wird, sollte das also ein Ausdruck der Bevölkerungsmeinung sein oder sich zumindest in dieser spiegeln. In Deutschland und vielen anderen Ländern ist das allerdings nicht der Fall, wie unsere Untersuchungen zeigen. Als eine der größten

Herausforderungen unserer Zeit betrachten nämlich viele Menschen die ökonomische Ungleichheit – und nicht Zuwanderung.

Für die repräsentative Bevölkerungsumfrage „Public Attitudes towards the Liberal Script (PALS)“ wurden zwischen 2021 und 2023 im Rahmen des Exzellenzclusters „Contestations of the Liberal Script“ Daten von mehr als 60.000 Menschen in 30 Ländern erhoben, unter anderem in Australien, Deutschland, Indien, Peru, Tunesien und den USA. Neben Einstellungen zu unterschiedlichen liberalen Normen wurde gefragt, wie verschiedene Herausforderungen wahrgenommen werden. Die Befragten sollten zum Beispiel angeben, welche Aspekte sie für eine große gesellschaftliche Bedrohung halten (Mehrfachnennungen waren möglich). Jede Person bewertete 8 Aspekte, die teilweise zufällig aus einer Liste von 15 möglichen Aspekten bestimmt wurden. Neben Zuwanderung und ökonomischer Ungleichheit waren dies Aspekte wie Krieg und Gewalt, Steuerhinterziehung, Klimawandel oder alternde Gesellschaften. Über alle Länder und Personen hinweg landet Zuwanderung mit einer Auswahlhäufig-

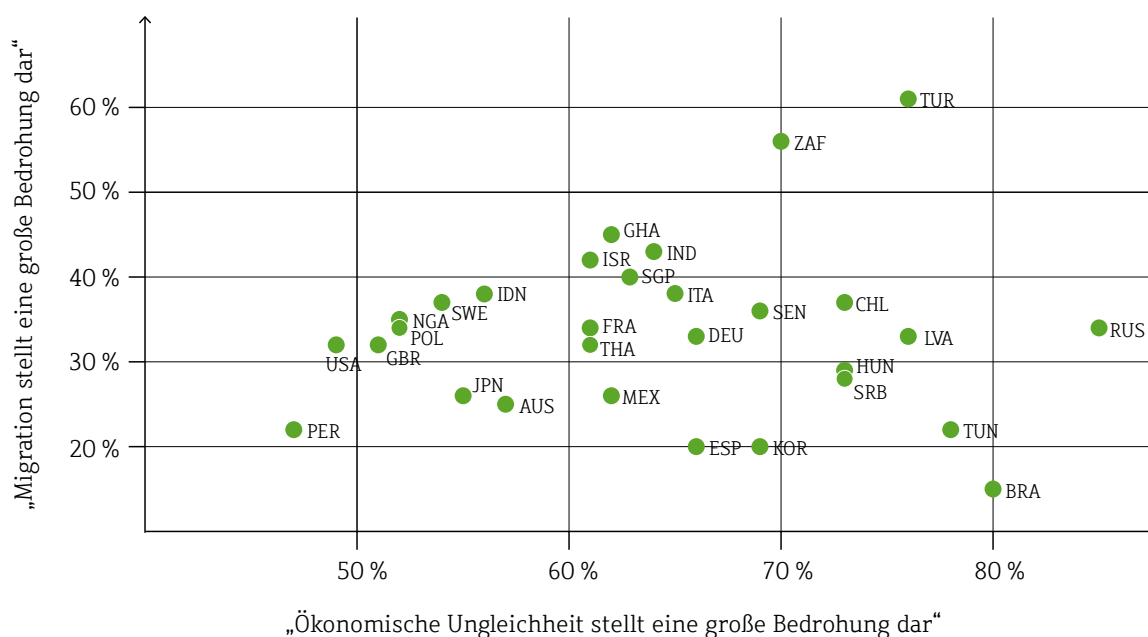
keit von lediglich 34 Prozent auf Platz 14, während auf den vorderen Plätzen ökonomische Ungleichheit (64 %), Pandemien (63 %), Hunger und Armut (59 %) oder Steuerhinterziehung (55 %) zu finden sind.

Natürlich sind Gesellschaften in unterschiedlicher Weise von Zuwanderung betroffen. Die Abbildung zeigt, wie sich entsprechend die Wahrnehmungen der Aspekte Zuwanderung und Ökonomische Ungleichheit unterscheiden. Auf der vertikalen Achse ist der Prozentsatz der befragten Personen zu sehen, die Zuwanderung als große gesellschaftliche Bedrohung betrachten. Auf der horizontalen finden sich die entsprechenden Werte für ökonomische Ungleichheit. Bei der Zuwanderung liegen Südafrika und die Türkei deutlich über dem Gesamtdurchschnitt, sogar über der 50-Prozent-Marke. Diese Länder sind stark, aber natürlich nicht als einzige der 30 Länder, von Zuwanderung und Fluchtbewegungen betroffen. Ganz anders sieht es bei der öffentlichen Meinung zur ökonomischen Ungleichheit aus. Hier liegen 28 Länder über der 50-Prozent-Marke. Für alle Länder gilt, dass mehr Menschen ökonomische Ungleichheit als Bedrohung wahrnehmen, als dies für Zuwanderung gilt. Auch in Deutschland nennen nur 33 Prozent Zuwanderung als Bedrohung, während ökonomische Ungleichheit doppelt so häufig ausgewählt wird.

Heiko Giebler ist Leiter der Forschungsgruppe „Comparative Survey“ und des Data & Methodology Centers im Exzellenzcluster SCRIPTS an der Freien Universität Berlin und Gastwissenschaftler der Abteilung Transformationen der Demokratie am WZB. heiko.giebler@wzb.eu

Nun kann man einwenden, dass sich die öffentliche Meinung ändern kann – und die Daten wurden nicht in den letzten Monaten erhoben. Und doch stützt eine Rückschau auf die Bundestagswahl im Februar 2025 unsere Ergebnisse: Schon vor dem Scheitern der Ampel-Koalition prägten Diskussionen um hohe Ausgaben für Flüchtlinge, ausländische Straftäter*innen und illegale Einwanderung das Geschehen. Alle

Was den Menschen Sorgen macht – eine Umfrage in 30 Ländern



Zustimmung zu den beiden Aussagen in den jeweiligen Ländern in Prozent.
Länderkürzel nach ISO-3166-1 ALPHA 3, vgl. www.laenderdaten.de

Quelle: Umfrage PALS, SCRIPTS.

Karoline Estermann ist Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe „Comparative Survey“ und Doktorandin in der Berlin Graduate School for Global and Transregional Studies (BGTS) im Exzellenzcluster SCRIPTS an der Freien Universität Berlin. karoline.estermann@fu-berlin.de

größeren Parteien, mit Ausnahme der Partei Die Linke, nahmen im Verlauf deutlich einwanderungsskeptischere Positionen ein. Dies gipfelte im Versuch des damaligen CDU-Kanzlerkandidaten Friedrich Merz, mithilfe der Stimmen der AfD noch vor dem Wahltermin einen Kurswechsel durchzusetzen. Kurz: Während in vielen anderen Politikbereichen sehr wenig Aktivität zu erkennen war, spielte Migration eine enorm wichtige Rolle in den öffentlichen Auseinandersetzungen vor der Wahl.

Umfragen von infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen in der Woche vor der Wahl und am Wahltag bestätigen dagegen den Eindruck, der sich auch in den PALS-Daten zeigt: Zuwanderung hat in den Köpfen der Bürger*innen bei Weitem nicht die Relevanz, wie politische Debatten und öffentliche Diskussion den Anschein erwecken. Laut Forschungsgruppe Wahlen waren die wichtigsten Themen für die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2025 nicht etwa Flucht und Asyl (28 %), sondern Frieden und Sicherheit (51 %), Wirtschaft (40 %) und Soziale Gerechtigkeit (34 %). Bei infratest dimap wurde bei der Frage nach dem wichtigsten Motiv für die Wahlentscheidung von nur 15 Prozent der Befragten Zuwanderung genannt. Aus der gleichen Umfrage wird ersichtlich, dass sich zwar 55 Prozent der Deutschen Sorgen machen, dass „zu viele Fremde nach Deutschland kommen“. Das macht aber nur einen Platz im Mittelfeld der 15 abgefrag-

ten Sorgen aus. Deutlich mehr Sorgen machen sich die Menschen um stabile politische Verhältnisse, die Zukunft der Demokratie und des Rechtsstaates oder außenpolitische Fragen.

Ein zweiter Einwand gegen die Interpretation, dass Migration in den Augen der Bürger*innen keine große Bedrohung darstellt, könnte sein, dass andere Herausforderungen durch Migration entstehen oder verstärkt werden. Zum Beispiel werden Kriminalität, fehlende Investitionen in Bildung oder Infrastruktur und hohe Kosten des Wohlfahrts- und Gesundheitssystems häufig als Folge von Zuwanderung präsentiert – vor allem von Parteien aus dem rechten Spektrum, doch auch Parteien aus der Mitte übernehmen immer häufiger dieses Narrativ. In dieser Logik würden Bürger*innen zwar Kriminalität oder innere Sicherheit als große Herausforderung nennen, dahinter stünde aber die Einschätzung, dass diese Herausforderung primär als Konsequenz von Zuwanderung entsteht. Dies lässt sich mit Blick auf die Ergebnisse von PALS widerlegen: Befragte Personen konnten so viele Bedrohungen auswählen, wie für sie relevant waren. Wäre der Einwand korrekt, hätten Personen vermutlich zusätzlich Zuwanderung ausgewählt – was sie nicht taten. Die politische Verquickung von Immigration mit anderen Themen führt zu einem Missstand: Andere Herausforderungen werden möglicherweise überlagert und undefiniert, schwerer wiegende Ursachen werden ausgeblendet.

Die Migrationsdebatte ist ein Beispiel dafür, wie Responsivität dysfunktional werden kann. Wenn Mandatsträger*innen verzerrten Wahrnehmungen folgen und Lautstärke und Wiederholung die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse übertönen, entspricht Politik nicht mehr den wahren Problemlagen. Nun wäre es naiv zu argumentieren, dass Migration keine Herausforderungen mit sich bringt oder niemandem Sorgen bereitet. Das Thema Migration wird von politischen Akteuren und im öffentlichen Diskurs aber bereits sehr ernst genommen – im Vergleich zu anderen Themen sogar zu sehr, zumindest wenn sich politisches Handeln an den Bedürfnissen der Bürger*innen orientieren soll. So wird aus falsch informierter Responsivität ein demokratisches Defizit: Es besteht die Intention, der öffentlichen Meinung gerecht zu werden, doch die ist aus dem Blickfeld geraten.

„Im Vergleich zu anderen Themen“ ist hier allerdings ein sehr wichtiges Stichwort. Sicherlich finden sich auch Umfragen, aus denen gelesen werden kann, dass Zuwanderung eine gewichtigere Rolle für Bürger*innen besitzt. So weist auch die bereits angesprochene Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen zur Bundestagswahl aus, dass 62 Prozent der Deutschen der Meinung sind, dass Deutschland „die vielen Flüchtlinge nicht mehr verkraften“ könne. Wie aufgezeigt, sehen Bürger*innen aber andere Bedrohungen als deutlich wichtiger an, wenn eben nicht nur nach Migrationsthemen gefragt wird. Politik kann nicht alle Herausforderungen gleichzeitig angehen, zeitliche und wirtschaftliche Ressourcen sind begrenzt. Wenn sich politische Akteure wahrhaftig an der öffentlichen Meinung orientieren wollen, scheint eine Verlagerung des Diskussions- und Handlungsfokus auf andere Themen unausweichlich.

Das Resultat falscher Responsivität ist eine Repräsentationslücke. Was in Deutschland mit dem Bemühen von Politik und Medien begann, die Sorgen der Pegida-Demonstrationen ernst zu nehmen, bedeutet heute eine Überrepräsentation einwanderungsskeptischer Positionen. Andere Themen, die in der Einschätzung der Bürger*innen bedrohlicher sind, kommen dadurch zu kurz. Das kann Unzufriedenheit verstärken.

Wenn wir allerdings täglich mit einem Thema konfrontiert werden, entsteht der Eindruck, dass dieses Thema wichtig ist. Dies kann gezielt

von politischen Akteuren genutzt werden, um eine Politisierung und in der Konsequenz auch eine Polarisierung voranzutreiben – vergleichbar mit den Prozessen, die Steffen Mau und Kollegen in ihrem Buch „Triggerpunkte“ beschreiben. Politisierung kann zu Polarisierung führen, die dann Politisierung neu rechtfertigt. Weltweit haben rechte Parteien die Zuwanderung als Reizthema instrumentalisiert. Sie profitieren, wenn das Vertrauen in etablierte politische Akteure und demokratische Prozesse schwindet. Ein zentrales Motiv dafür, diese Parteien zu wählen, ist der Eindruck, dass „Die da oben“ nicht die Interessen der Bürger*innen vertreten. Wenn in der Wahrnehmung Zuwanderung andere Bedrohungen hervorbringt, muss man die Zuwanderung stoppen, um eine Verbesserung in anderen Bereichen herbeizuführen. Natürlich ist eine solche Vereinfachung realitätsfremd. Trotzdem wird mit dieser Erzählung das Kernthema rechter Parteien ins Rampenlicht gerückt.

In vielen Ländern, gerade auch in Deutschland, ist eine Diskrepanz zwischen öffentlicher Meinung und öffentlichem Diskurs zu beobachten. Politische Akteure und Medien stehen in der Verantwortung, diese Diskrepanz zu verringern. Wenn es ihnen gelingt, andere Herausforderungen als Migration und Integration in den Mittelpunkt zu rücken – allen voran die ökonomische Ungleichheit –, könnte das einer weiteren Enttäuschung über das mangelhafte Funktionieren der repräsentativen Demokratie entgegenwirken. ●

Literatur

Forschungsgruppe Wahlen: Wahlanalyse zur Bundestagswahl: Warum Deutschland so gewählt hat. Mannheim 2025. Online: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/bundestagswahl-2025-wahlanalyse-100.html> (Stand 15.04.2025).

Giebler, Heiko/Antoine, Lukas/Ollroge, Rasmus et al.: The „Public Attitudes towards the Liberal Script“ (PALS) Survey. Conceptual Framework, Implementation, and Data. SCRIPTS Working Paper, 2023 No. 33. Berlin: Cluster of Excellence 2055 „Contestations of the Liberal Script“ (SCRIPTS).

infratest dimap/tagesschau.de: Bundestagswahl 2025: Was waren die Hauptgründe für das Wahlergebnis? Berlin 2025. Online: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2025-02-23-BT-DE/umfrage-aktuellethemen.shtml> (Stand 15.04.2025).

Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus: Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp Verlag 2023.